

## Antrag

**der Abgeordneten Tobias Pflüger, Dr. Alexander S. Neu, Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Dr. Gregor Gysi, Matthias Höhn, Andrej Hunko, Zaklin Nastic, Thomas Nord, Eva-Maria Schreiber, Helin Evrim Sommer, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Projekt Luftkampfsystem FCAS stoppen – Keine Milliarden für den deutschen Einstieg in die autonome Kriegsführung**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In den vergangenen Monaten ist im Zusammenhang mit der Projektierung des teilautonom geplanten Waffensystems FCAS (Future Combat Air System) eine Vielzahl von finanziellen, industriepolitischen und aufrüstungspolitischen Risiken zutage getreten, die eine Weiterführung des bis jetzt in seinen Kosten nicht abgeschätzten Projekts, sowohl fiskalisch unkalkulierbar als auch als langfristig friedensgefährdend macht.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

das Projekt nicht weiter zu verfolgen, und anstelle dessen ein unilaterales, deutsches Moratorium für Entwicklung und Beschaffung autonomer Waffensysteme zu erklären, bis die Verhandlungen bei der UN über ein Verbot autonomer Waffen zum Erfolg geführt worden sind.

Berlin, den 22. Juni 2021

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

## Begründung

Die in Haushalts- und Verteidigungsausschuss am 23.6.2021 angesetzte Abstimmung über die Vorlage zum Implementation Agreement 3 für das Projekt FCAS würde den Bund unmittelbar an Zusagen von mehr als 4,5 Mrd. Euro binden, zukünftig ggf. an Zusagen über eine bis zu dreistellige Milliardensumme an Bundesmitteln für dieses Projekt. Gleichzeitig legt die Bundesregierung hiermit die Planung zur Konstruktion eines Waffensystems vor, bei dem die Entscheidung zum Waffeneinsatz teils nicht mehr durch den Menschen erfolgen würde. Solch eine Projektierung konterkariert alle Bemühungen um eine Begrenzung und ein Verbot solcher Waffen, z. B. die UN-Verhandlungen zu einem Verbot autonomer Waffen in Genf, an denen sich Deutschland selbst beteiligt. Angesichts des enormen Umfangs dieses Projekts, und der substantiellen fiskalischen und sicherheitspolitischen Konsequenzen einer Annahme dieser Vorlage gibt dieser Antrag allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Möglichkeit, über die Verpflichtungen, die der Bund mit einer jetzigen Weiterverfolgung dieses Projekts eingehen würde, selbst zu befinden.